

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 9/55. Jahrgang

September 2024

Schutzgebühr: 0,40 €

Wer sind die Sozialschmarotzer?

Nach einem vom Finanzministerium in Auftrag gegebenen Gutachten fehlen im Bundeshaushalt 2025 fünf Milliarden Euro. Es muss daher, so Christian Lindner, im konsumtiven Bereich gespart werden. Klartext: Die Sozialausgaben sind zu hoch. Bereits im ARD-Sommerinterview hatte der Finanzminister behauptet, das Bürgergeld habe die Erwartungen nicht erfüllt und müsse deshalb weiter reformiert werden. Fast zeitgleich sprach sich CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann dafür aus, mehr als 100.000 Menschen das Bürgergeld komplett zu streichen.

Diese Kampfansage an Bürgergeldempfänger ist kein Alleinstellungsmerkmal von Lindner oder Linnemann. Zahlreiche Politiker – über die Parteigrenzen hinweg – befeuern

die mediale Hetze.

Dabei sind tatsächlich staatliche Leistungen in bedeutendem Umfang an Nichtbedürftige ausgezahlt worden. Dabei handelt es sich jedoch nicht um die ins Visier der neoliberalen Sozialstaatszerstörer geratenen Armen, Alten und Kinder.



Von staatlichen Subventionen in Milliardenhöhe profitierten stattdessen die 40 DAX-Konzerne.

Dies, obwohl sie in den vergangenen Jahren dreistellige Milliardengewinne erzielt haben. Allein 2023 flossen mindestens 10,7 Mrd. Euro (fast doppelt so viel wie im Vorjahr). Zu diesem Ergebnis kommt eine Analyse aus dem *Flossbach von Storch Research Institute*, einer Denkfabrik des gleichnamigen Kölner Vermögensverwalters.

Insgesamt sind von 2016 bis 2023 rund 35 Mrd. Euro staatlicher Gelder an die DAX-Konzerne gegangen. Die höchsten Subventionen strich dabei E.ON mit mehr als 9,3 Mrd. Euro seit 2016 ein. Der Großteil geht auf das Strompreisbremse-Gesetz

Fortsetzung auf S. 2

Zeitenwende - Altersarmut für alle

Armut ist in der BRD ein zentrales Problem und vor allem ein dauerhaftes. 16,8% der Gesamtbevölkerung gelten als arm. 43,2% der Alleinerziehenden und 21,8% der Kinder sind von Armut betroffen. Fast jede fünfte Frau über 65 Jahre gilt als arm. Nach der Corona-Krise und der militärischen Zeitenwende stieg die Zahl der von Armut betroffenen um eine Million.

Nach dem Paritätischen Armutsbericht sind ein Viertel der erwachsenen Armen in Deutschland in Rente oder Pension. In den kommenden Jahren wird die Altersarmut zwangsläufig weiter zunehmen. Viele Langzeitarbeitslose und Menschen aus dem Niedriglohnsektor erreichen das Rentenalter.

Die politische Klasse ist an
Fortsetzung auf S. 2

| | |
|--|------|
| Kall, mei Drobbe Verkehrspolitik, Sommerhitze und Millionenwelle | S. 3 |
| Südumgehung Reiskirchen | S. 4 |
| Gegen die Pressefreiheit | S. 5 |
| Krieg: Deutsche Waffen in Russland / US-Raketen in Deutschland / Friedensdemo am 3. Okt. in Berlin / Krieg für Israel überraschend? | S. 6 |
| | S. 7 |

Für Frieden und Sozialismus! DKP

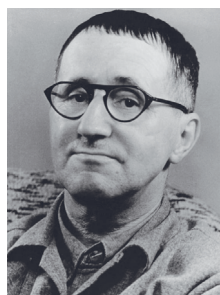
Fortsetzung von Seite 1:

Wer sind die Sozial-schmarotzer?

und Erdgas-Wärme-Preisbremse-Gesetz zurück und ersetzte Zahlungen von Kunden oder reduzierte Einkaufspreise. Zudem bekam der Energiekonzern staatliche Investitionszuschüsse.

Es folgte Volkswagen mit 6,4 Mrd. Der Autobauer erhielt unter anderem Steuervergünstigungen und Förderungen für Forschung in der Antriebs- und Digitaltechnik. Auf Platz drei landete BMW mit 2,3 Mrd. Darunter fielen Zuschüsse für den Bau von Standorten.

Angesichts der Dimension staatlicher Alimentierung „notleidender“ DAX-Konzerne kommt einem bei der modernen Hexenjagd gegen sogenannte „Totalverweigerer“



Bertolt Brecht

„Bertolt Brecht in den Sinn: „Was ist ein Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?“

Ulf Immelt

Fortsetzung von Seite 1: Zeitenwende – Altersarmut für alle

gesichts dieser Zahlen an Zynismus kaum zu überbieten. So feiert Bundesarbeitsminister Heil seine Rentenpolitik: Die Bundesregierung plant für die gesetzliche Rentenversicherung (vor Steuern) ein Niveau von 48%, der Beitragssatz soll bei 20% gedeckelt werden. Das Ganze gilt zunächst bis 2025.

Der Paritätische Gesamtverband fordert dagegen mindestens ein Rentenniveau von 53% und die Erhöhung der Regelsätze in der Altersgrundsicherung (z. B. für alleinstehende Erwachsene statt 563 auf 813 Euro). Dabei geht es nur darum Altersarmut zu verhindern, große Sprünge kann man damit auch nicht machen.

Die Forderungen sind gut und richtig. Jedoch nur eine völlige Umgestaltung des Renten- bzw. des gesamten Sozialsystems kann grundsätzlich die Altersarmut be-

kämpfen. Eine Prognose der Rentenversicherung macht es deutlich. Lag das durchschnittliche Rentenniveau 1977 noch bei 59,8%, liegt es aktuell bei 50,4 und sinkt voraussichtlich bis 2035 auf 45,8%. Da kann nur ein anderes Sozialsystem helfen. Eine Sozialkasse, in welche alle einzahlen und aus der alle Zahlungen getätigt werden. Alle müssen in diesen Fond einzahlen. Beamte, Selbstständige und die Reichen. So eine Maßnahme wäre auch heute schon möglich, auch ohne Revolution.

Henning Mächerle



Hiroshima mahnt!

Am 6. bzw. 9. August jährte sich zum 74. Mal der Tag, an dem die USA je eine Atombombe über den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki explodieren ließen. Japan stand sowieso vor der Kapitulation. Die Explosionen sollten die nahezu unbegrenzte Militärmacht der USA demonstrieren, nicht nur dem Kriegsgegner Japan, sondern auch der Sowjetunion (damals noch mit den USA verbündet). Im Gegensatz zu den meisten anderen japanischen Städten waren die militärisch unbedeutenden Orte Hiroshima und Nagasaki vor den Bombenabwürfen noch nahezu unbeschädigt. Dort konnte getestet werden, welche Zerstörungen die Atombomben, eine Uran- und eine Plutoniumbombe, anrichten. Es war ein verbrecherischer Menschenversuch an einigen

Hunderttausend Bewohnern. Die kurz- und langfristigen Folgen der von den Explosionen verursachten Strahlung waren damals noch fast unbekannt.

Aus Anlass des Jahrestages luden das *Gießener Friedensnetzwerk*, der *Deutsche Gewerkschaftsbund* (DGB) und die *Omas gegen rechts* zu einer Kundgebung ein. Den Passanten in der Katharinengasse (nicht nur von

der Friedensbewegung symbolisch „Hiroshimaplatz“ benannt) wurden eindrucksvolle Bilder des zerstörten Hiroshima gezeigt. Dazu trugen die Veranstalter Texte vor, die die grauenvollen Folgen der Bomben schilderten. Friedenslieder ergänzten das Programm. Zum Abschluss stellte Klaus Zecher, Kreisvorsitzender des DGB, einen aktuellen Bezug zur derzeitigen Rüstungspolitik und zur angestrebten Kriegstüchtigkeit her.

In Gießen ist kaum bekannt, dass die Stadt seit 1985 Mitglied in einem weltweiten *Bündnis zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung der Atomwaffen* ist. Dieses Bündnis wurde von Hiroshima und Nagasaki initiiert. In Gießen hatte die Mitgliedschaft bisher keinerlei Folgen.



Kurz und Gießen

Kall,
mei Drobbe!



Gießener Verkehrspolitik

Es ist Gießener Stadtfest – und die Gießener Ordnungsbehörde sperrt den großen Parkplatz an der Ringallee für ein Event des Rundfunks. Das erfreut sicher die Gießener Besucher aus dem Um-

land. "Warum kommen die denn nicht mit dem Fahrrad?", denkt sich wohl der Grüne Bürgermeister. "Und wie viel Geld ist da in die Stadtkasse geflossen oder durch entgangene Parkgebühren ver-

loren gegangen?", fragt sich der Steuer zahlende Bewohner.

Alte Säcke – neue Wege

Der gesperrte und von der Stadtregierung mutwillig zerstörte Weg zwischen Schwanenteich und Wieseck wurde mit den Sandsäcken, die von der Betonschlacht am Schwimmbad übrig geblieben

sind, notdürftig, aber unbegebar geflickt. Eigentlich müsste die grün/ sprachlose Stadtregierung Gießen wegen mutwilliger Sachbeschädigung öffentlichen Eigentums vor den Kadi.



Magistrat löst städtische Sommerhitze – Papier statt Bäume

Was war die Wieseckkaue vor der Landesgartenschau 2014 doch so grün. Überall standen dicke, Schatten werfende Bäume. Zahlreiche Gebüsche schützten Vögel vor der Gluthitze.



Dann setzten sich die Grünen Hauptkompetenzen in Gießen durch: Posten ergattern, Kettensägen anwerfen und die Natur in Reih' und Glied bringen. Und jetzt? Bei hochsommerlichen Temperaturen leidet die Gießener Bevölkerung nicht nur „in der Hitze der Nacht“. Tagsüber durch die nördlichen Bereiche der Wieseckkaue bei der Theodor-

Litt-Schule zu spazieren, ist eine Qual. Die Bäume beim Hallenbad wurden einer „Sichtachse“ auf die Gefängnisbrücke geopfert. Die Kinderspielplätze sind meist baumlos.

Lediglich dort, wo sich die Gießener/-innen kräftig mit Unterschriften und Bürgerinitiative zweimal gewehrt haben, am restlichen Schwanenteich-Weg, ist die Hitze auszuhalten. Der „Stadtpark“ verkommt langsam zur Trockenwüste und in der Innenstadt sieht es nicht besser aus. Kirchenplatz und Marktplatz sind baumlos öde. Und die Verantwortlichen des Ma-

gistrats lobhudeln sich und ihre (Un-)Taten mit reich bebilderten und von Werbefuzzis designten Broschüren, in denen kühle Zonen in Gießen dargeboten werden. Auf der Gießener Homepage wird tatsächlich behauptet: "CoolerStadtplan verschafft Gießen Abkühlung" (www.giessen.de). Wer glaubt, dass Papier Bäume ersetzen kann, glaubt auch, dass diese Gießener Regierungskoalition die Lebensprobleme der Gießener in den Griff bekommt.

Übrigens: Der lauschige Weg am Schwanenteich wurde auf der Homepage vergessen.

Denn er wurde ja durch die Bürgerinitiative „Rettet die Bäume am Schwanenteich“ vor den Kettensägen der Stadt gerettet! Na sowas!

Stehende Millionenwelle am Schwanenteich?

Ob nun die vom Magistrat geplante „stehende Welle“ an der Lahn für die Surfer ein Highlight wird, ist zweifelhaft. Eine Millionen-Euro-Welle für die Planungs- und Bauindustrie wird sie jedoch gewiss. Denn sie soll in einem extra dafür geschaffenen Nebenarm der Lahn installiert werden. Gegenvorschlag: Das mit zeitlicher Verzögerung entstandene „Nebengerinne“

(Magistratsdeutsch!) zwischen Wieseck und Freibad an der Ringallee, für das schon 150 Bäume und 2.500 qm Liegewiese für die Schwimmbadbesucher geopfert wurden, könnte genutzt werden. Als Antrieb für die Welle könnte das heftig sprudelnde Austrittsloch des Schwanenteichwassers in die Wieseck durch den zerstörten Uferweg genommen werden, ganz

ohne elektrischen Antrieb. In diesem Bereich wurde schon so viel Beton verbaut und Boden verdichtet, dass es auf diese Naturzerstörung auch nicht mehr ankommt.

Wen wundert es, dass die Deutsche Umwelthilfe beim „Hitze-Check“ Gießen bundesweit im hinteren Bereich bei der Gesundheitsgefährdung seiner Bewohner sieht?

Großer Straßenbau im Kreis Gießen startet im Januar 2025 – der Protest startet jetzt!

Januar 2025 soll der seit Jahrzehnten größte Straßenbau im Kreis Gießen starten: die Südumgehung um Reiskirchen und Lindenstruth, also ein Neubau der B49 mitten durch eine ökologisch wertvolle Landschaft und am Rand der geschützten Jossolleraue. Mehrere geschützte Arten wurden dafür „vergrämt“ (Begriff aus der Planung). Es trifft Landwirtschaft, die nahegelegene Kirschbergschule, in der Nähe wohnende Reiskirchner*innen, das Martinsheim in Lindenstruth und die Pferdehaltung des Sonnenhofes. Der eigentliche Skandal: **Die Zahlen, die der Straßenplanung zugrunde liegen, sind frei erfunden.** Das hessische Verkehrsministerium als Planfeststellungsbehörde wusste im gesamten Planungsprozess, dass sie falsch waren, wischte aber die viel niedrigeren Zählungen aus dem eigenen Hause als „unplausibel“ weg. All das haben Verkehrswende-Aktive recherchiert und präsentieren ihre Ergebnisse in einer mehrwöchigen Aktions-

phase. Sie wollen zeigen, dass bei Straßenbauprojekten geschummelt wird, um positive Kosten-Nutzen-Analysen, parlamentarische Mehrheiten und positive Beschlüsse zu ergaunern.

Auf der Internetseite <https://b49.siehe.website> werden ab 31.8.2024 Infoblätter, Analysetexte und mehrere Dokumentationsfilme zeigen, wie Propaganda und falsche Zahlen eine neue Betonpolitik zementieren. Banner und Plakate werden aufgehängt.

In den vier betroffenen Orten werden Infoblätter verteilt. Dort finden öffentliche Veranstaltungen statt.

Gemeinsam werden Betroffene beim Hessischen Verkehrsministerium die Aufhebung der Planung und beim Verwaltungsgericht einen Baustopp sowie die Feststellung der Nichtigkeit der Planung beantragen. Wer mithelfen will, dieses unsinnige Projekt zu verhindern, kann das mit eigenen Aktionen, Mithilfe beim Flyerverteilen und Aufhängen der

Banner und Plakate sowie bei den Veranstaltungen tun. Spenden sind hilfreich.

Jörg Bergstedt

Ausstrahlung Langfassung der Filme:

Offener Kanal Gießen (online und Kabel-TV):

- Fr. 30.8. um 20:12 Uhr
- Sa. 31.8. um 12:12 Uhr und 21:55 Uhr
- So. 1.9. um 21:55 Uhr

Veranstaltungen (je 19 Uhr):

- 4.9. Hattenrod
- 5.9. Lindenstruth (mit Kurzdemo für Tempo 30 auf der B49 nahe der Ampel)
- 9.9. Burkhardtsfelden
- 10.9. Reiskirchen
- Sa. 14.9. / So. 15.9. Martinsheim und Sonnenhof am Rande von Lindenstruth: Jossoller-soll-leben-Fest (mit vielen Workshops, Trassenwanderungen, Vorführungen, Kultur und Zeit zum Gespräch)

Endlager für Atommüll – Standortsuche soll noch 50 Jahre dauern

Seit fast 70 Jahren produziert die deutsche Atomindustrie radioaktive Abfälle. Genauso lange wird versprochen, dass es bald ein sicheres Endlager für diesen Müll geben wird. Der Zeitpunkt für die Einrichtung eines solchen Lagers wurde aber immer weiter in die Zukunft verschoben. Die neueste Aussage der Kommission, die einen Standort suchen soll, übertrifft alle bisherigen Prognosen. Bis 2074 soll die Suche dauern, erst dann könnten konkrete Planungen beginnen. Politiker, die von der Materie in der Regel wenig Ahnung haben, versuchen zu beschwichtigen – natürlich könne es auch viel schneller gehen.

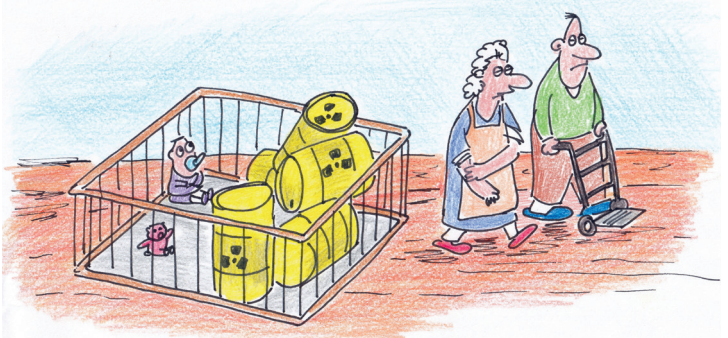
Für die Endlagerung radioaktiver Abfälle ist eigentlich die Industrie zuständig, die den Müll produziert hat. Dafür hat sie jahrzehntelang einen Aufschlag auf den Strompreis kassiert und im Laufe der Zeit etwa 25 Mrd. Euro eingenommen. Das

Geld konnte sie gewinnbringend anlegen und Extraprofite einsacken. Vor einigen Jahren machte ihnen im Rahmen des Atomausstiegs die Bundesregierung ein Angebot, das sie nicht ablehnen konnten: dieses Geld in einen Fond einzahlen und die Verantwortung für den Atommüll an den Staat abgeben. Inzwischen war nämlich klar, dass alles viel problematischer und teurer ist als ursprünglich gedacht.

Jetzt ist für die Endlagersuche die Regierung zuständig. Damit entfällt jeder Zeitdruck. Solange gesucht wird, fließt Geld. Die Institute und Wis-

senschaftler haben gesicherte Einnahmen – wieso sollten sie sich beeilen? Die Zwischenlager, in denen die Abfälle gelagert sind, haben allerdings nur Betriebsgenehmigungen bis maximal 2050. Die Castor-Behälter, in denen sich die Brennelemente befinden, sind nur für eine Lagerzeit von etwa 50 Jahren konstruiert. Die Kernreaktoren sind weg, die Probleme aber bleiben.

Gernot Linhart



Bei den Kindern abgeladen

Gegen die Pressefreiheit im Namen der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung"

Mit dem Ende des Kalten Krieges waren sich westliche Ideologen sicher, dass der Kapitalismus endgültig gesiegt hat. Der Glaube daran prägte und prägt die Politik des westlichen Imperialismus. Der Westen hat daher immer Recht. Das hatte Auswirkungen auf die Presse- und Meinungsfreiheit. Die regelmäßigen Angriffe gegen die *Junge Welt* oder der aktuelle Versuch, das *Compact* Magazin zu verbieten,

<https://www.jungewelt.de/prozess/de/article/480476.reaktionen-auf-das-urteil-im-jw-prozess.html?sstr=jwprozess>

sind Beispiele für Methoden, um das Presse- und Vereinsrecht einzuschränken. Diese Entwicklung lief über verschiedene Stufen.

Offiziell gab es natürlich nie Zensur in der BRD. Entsprechende Maßnahmen wurden immer im Namen der „wehrhaften Demokratie“ getätigt. Klassische staatliche Zensur war die Ausnahme. Es sind eher

die Schere im Kopf (Selbstzensur) und heute private Internetanbieter, welche die Aufgabe erledigen.

Heute findet das Ganze unter dem Namen Kampf gegen Desinformation statt.

Der Putsch gegen eine gewählte Regierung 2014 in der Ukraine wurde einseitig dargestellt. Die Kräfte auf dem Maidan waren natürlich alles „lupenreine“ Demokraten.

Als 2015/2016 viel Flüchtlinge nach Deutschland kamen, war nur die Rede davon, dass „wir das schaffen“. Bedenken gegenüber dieser Politik wurden pauschal als rechte Meinungsmache geißelt. Was sie häufig war. Die bürgerlichen Medien hatten allerdings die Ängste und Befürchtungen den Rechten überlassen.

Als Donald Trump im November 2016 die US-Präsidentschaftswahlen gewann, waren sämtliche Linksliberale geschockt. Eins war klar: Nicht etwa eine verfehlte Politik, welche Millionen von US-Ame-

rikanern in die Armut trieb war die Ursache, sondern russische Propaganda.

2018 hatten die westlichen Eliten endlich eine Erklärung für den Brexit. Die Firma Cambridge-Analytica hatte die Daten von 87 Millionen Nutzern sozialer Plattformen für Wahlwerbung verkauft und damit die Brexit Kampagne unterstützt.

Ein weiterer Schritt war die aggressive staatliche Medienstrategie während der Corona-Krise und die rücksichtslose Durchsetzung vieler Maßnahmen.

Daran knüpfte das mediale Vorgehen der Bundesregierung während des Krieges in der Ukraine (seit 2022) an.

Der Staat definiert eine politische Linie. Da sie *moralisch die einzig richtige* Position ist, ist eine Suspendierung der Meinungs- und Pressefreiheit durch den Staat nun nicht nur erlaubt, sondern auch zwingend notwendig. H.M.

Geld für Gesundheit, Bildung & Soziales!
Arbeitsplätze sichern - Kriegstreiber stoppen!

Sagen, was ist!

6 Wochen kostenlos testen: www.unsere-zeit.de/abo/

Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de | unsere-zeit.de

Kriegshetze to go? Nicht mit uns!

2 Wochen testen.

Das kostenlose Probeabo endet automatisch und muss nicht abbestellt werden.

2 Wochen kostenlos testen:
www.jungewelt.de/abo/probeabo.php

Leserbrief: Die "freie" Presse hat Geburtstag

Am 18. August vor 75 Jahren 1949 wurde in Goslar die Deutsche Presse Agentur (dpa) gegründet. Sie hat sich der wahrheitsgemäßen Berichterstattung in aller Welt verpflichtet und fühlt sich nicht der Meinungsbildung des Lesers verantwortlich, die dieser selbstständig verantworten soll.

Die rund 170 Gesellschafter der

dpa sind ausschließlich Medienunternehmer wie Verlage und Rundfunkanstalten. Die jeweiligen Gesellschafter können maximal 1,5% des Stammkapitals erwerben.

Ausgeklammert wird m. E. die Tatsache, dass bei der Aufnahme und Wiedergabe von Fakten diese schon subjektiv bzw. selektiert sind. Auf diese Weise wird die öf-

fentliche Meinungsbildung weltweit manipuliert und dies gerade mal von 170 Gesellschaftern, die größtenteils Millionäre sind (Peter Scholl-Latour dazu: <https://www.persoendlich.com/medien/von-einer-absolut-freien-presse-zu-reden-ist-unsinn-279717>).

Uwe Moldenhauer

Geschichtsvergessen? Rückwärtsgewandt!

Bei dem ukrainischen Angriff auf die Region Kursk rollen erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder deutsche Panzer über russischen Boden. Einen Moment des Nachdenkens gibt es für die Kriegstreiber hierzulande aber nicht. Keine Bedenken hat beispielsweise der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Marcus Faber (FDP). Schließlich handele es sich inzwischen um „ukrainische Waffen“ – das gelte im Zweifelsfall nicht nur für die bereits in Russland eingesetzten „Marder“, sondern auch für Kampfpanzer des Typs „Leopard 2“.

„Die Bundesregierung und die NATO nutzen ihren ukrainischen Stellvertreter, um den Krieg gegen Russland voranzutreiben. Mit jeder weiteren Provokation bringen sie uns näher an einen Dritten Weltkrieg heran“, warnt Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP. „Es ist absurd, dass die deutsche Regierung

nun so tut, als hätte sie mit den gelieferten Waffen nichts mehr zu tun.“

„Angesichts der ungeheuren Zerstörungen, die der Vernichtungskrieg des deutschen Faschismus gegen die Sowjetunion angerichtet hat, ist der erneute Einsatz deutscher Panzer in Russland unerträglich“, so Köbele. „Doch der deutsche Imperialismus hat die 27 Millionen sowjetischen Kriegstoten nicht einfach vergessen.“

Köbele verweist auf die Mitte Juli erschienenen „Ergänzenden Hinweise zum Traditionserlass“ der Bundeswehr. Darin heißt es, dass „die Bedeutung von Kriegstüchtigkeit von Streitkräften, die sich maßgeblich aus einem hohen Einsatzwert und hoher Kampfkraft ableitet, auch für die Traditionspflege gestiegen“ sei. Deshalb soll die Bundeswehr in ihrer Erinnerungskultur intensiver „die Einsatzbereitschaft und den Willen zum Kampf stärken“. Dazu gehört auch, dass

die „rund 40.000 von der Wehrmacht übernommenen ehemaligen Soldaten“ für ihre Rolle beim Aufbau der Bundeswehr gewürdigt werden. Schließlich hätten sie „sich zu großen Teilen im Gefecht bewährt“ und über wichtige „Kriegserfahrungen“ verfügt.

„Wenn Bundeswehrsoldaten sich ihre ‚Vorbilder‘ in der faschistischen Wehrmacht suchen sollen, dann zeigt das nur: Der große Krieg wird auf allen Ebenen vorbereitet“, erklärt Köbele. „Wir brauchen dringend eine breite außerparlamentarische Friedensbewegung. Ein Sammlungspunkt dafür muss die große Friedensdemonstration unter dem Motto ‚Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität‘ am 3. Oktober in Berlin sein.“

Parteivorstand der DKP, Essen, 12. August 2024

Ja zu den US-Raketen? NEIN!

Das Präsidium des SPD-Vorstands stellt sich hinter den Beschluss, US-Raketen (Tomahawk-Marschflugkörper, SM-6-Raketen und neue Hyperschallwaffen) in Deutschland zu stationieren. Natürlich wird das mit der Lüge verteidigt, dass es dem Frieden diene. Schlimmer noch, heißt es in dem Beschluss: „Als SPD übernehmen wir Verantwortung dafür, dass kein Kind, das heute in Deutschland geboren wird, wieder Krieg erleben muss.“ Dabei sollte eigentlich jedes Kind wissen, dass die Stationierung von US-Raketen die Kriegsgefahr massiv erhöht. Diese Waffen sind Erstschlagwaffen, auch wenn sie vorerst nur konventionell und noch nicht atomar bestückt werden. Sie sind dafür geschaffen, Kommandozentralen, Raketensilos und Raketenabwehr zu zerstören, ohne dass die kurze Vorwarnzeit viele Chancen auf Abwehr lässt.

Warum ist die SPD-Führung aber so bekloppt, könnte man fragen,

sich kurz vor den Landtagswahlen im Osten der Republik noch ins Knie zu schießen? Das Wort „bekloppt“ übersieht die Rolle der Sozialdemokratie im Beitrag des deutschen Imperialismus beim Kampf gegen Multipolarität. Es ist die Aufgabe der SPD, die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in den Kurs der

Anbindung der Gewerkschaften und ihrer Führungen. Gelingt es, in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung diese Integration zurückzudrängen, wird es für Kriegstreiber in der SPD kompliziert. Das hat in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts Helmut Schmidt erfahren müssen, das war der Hintergrund dafür, dass Willy Brandt im Bonner Hofgarten gegen die damaligen Raketen auftrat.

Nur so lassen sich Kriegstreiber wie Klingbeil stoppen, die jetzt auch deutsche Panzer auf russischem Boden verteidigen.

Diesen „Erkenntnisprozess“ innerhalb der SPD zu fördern, dafür gibt es keinen anderen Weg als die Kleinarbeit, den Friedenskampf innerhalb der Gewerkschaften. Der Aufruf „Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg“ ist dafür ein gutes Instrument. Ebenso wichtig ist die Mobilisierung zum Antikriegstag und zum 3. Oktober nach Berlin.



NEIN
Zu Kriegen

Herrschenden und der NATO zu integrieren – dafür wurde ihr Regierungsverantwortung übertragen. Das hat genauso Tradition wie die Verantwortung der Grünen für die Einbindung des Bildungsbürgertums und die der FDP für die Einbindung der Bourgeoisie.

Dafür braucht die SPD die enge

Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden und internationaler Solidarität!

Kommt alle zur bundesweiten Friedensdemonstration am 3. Oktober um 12:30 Uhr nach Berlin!

Die Situation in Europa und Nahost entwickelt sich gefährlich in Richtung Großkrieg. Statt sich für Frieden einzusetzen, liefert der Westen – einschließlich der Bundesregierung – immer mehr Waffen und beschleunigt die Eskalation durch die Erlaubnis, diese gegen russisches Gebiet einzusetzen. Atomwaffen werden wieder einsatzfähig gemacht. Die Bundesregierung rüstet auf wie nie. Eine neue Wehrpflicht droht. Wir alle sollen kriegstüchtig gemacht werden. Das Geld für die Hochrüstung fehlt bei Krankenhäusern, Pflege, Rente, Sozialleistungen, Bildung, Kitas, Bahn und Nahverkehr. Die globale Herausforderung, Generationen, die uns folgen, eine lebenswerte Welt zu er-

halten, wird nicht in Angriff genommen.

Den Frieden gewinnen – jetzt oder nie!

- Verhandlungen zur sofortigen Beendigung des Krieges in der Ukraine und in Gaza! Keine Waffenlieferungen an die Ukraine, Israel und in alle Welt!
- Atomwaffen raus aus Deutschland und Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen! Keine Modernisierung der Atomwaffen und keine atomare Teilhabe! Keine Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!
- Friedenserziehung an Schulen und Aufrechterhaltung der Zivilklausel an Universitäten und Hochschulen! Keine Bundeswehr an Schulen und keine neue Wehrpflicht!
- Recht auf Kriegsdienstverweige-

rung überall! Keine Zwangsrekrutierung!

- Abrüstung! Geld in Bildung, Gesundheitswesen, Klimaschutz und Infrastruktur investieren, Sozialstaat ausbauen!
- Keine Milliarden in die Rüstung!
- Demokratischen Meinungsaustausch fördern, sachliche Berichterstattung ermöglichen! Keine Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit!

Frieden und Sicherheit gehen nur gemeinsam.

Es ist kurz vor zwölf! Widerstand und Protest – jetzt!

Geht auf die Straße, bildet Initiativen, wehrt euch, seid kreativ, wehret den Anfängen, die schon längst keine mehr sind!

Zum Nachdenken: War der 7. Oktober 2023 eine Überraschung für Israel?

Die israelische Armee mordet mit erstaunlicher Präzision Funktionäre von Hamas, Hisbollah und anderen Gegnern überall im Nahen Osten. Bei ihren Bombenangriffen im Gazastreifen behauptet sie, gezielt gegnerische Führungspersonen zu treffen.

Der israelische Geheimdienst weiß also sehr viel über seine Feinde, er muss dort über ein Informationsnetz und umfassende Möglichkeiten zur elektronischen Informationsbeschaffung verfügen. Unter diesen Umständen ist es sehr unglaubwürdig, wenn israelische Armee und Regierung behaupten, der Angriff der Hamas und ihrer Verbündeten am 7. Oktober 2023 sei völlig überraschend gekommen. Für den Angriff waren lange Vorbereitungen mit vielen Beteiligten nötig. Es ist kaum zu glauben, dass

der israelische Geheimdienst nichts davon mitbekommen hat. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die israelische Regierung den 7. Oktober gebraucht hat, um die dann beginnende Zerstörung des Gaza-Gebietes einschließlich seiner Bewohner und die Aktionen gegen die Palästinenser in der Westbank vor der Weltöffentlichkeit zu rechtfertigen.

Gernot Linhart



Leserzuschrift:

Gedanken wider einen erstarkenden Militarismus (Zum Antikriegstag)

Oh zeige mir den Ausweg auf,
hinaus aus der dichten Phalanx des waffenstarrenden Fatalismus,
denn ich will einfach nicht verstehen,
jenen von Hohepriestern des Zorns ausgerufenen Götzendienst am Mordertum.

Mit einer strengen Unerbittlichkeit wird,
auf dem historischen Vermächtnis der unteren Klasse
sich einer friedlichen Zukunft zugewandt zu haben,
ein archaischer Tempel zu Ehren des Krieges,
ganz im Stile jener postulierten Zeitenwende erbaut.

So wird mehr und mehr offenkundig,
die Gilde der Täter hat sich nie bekehrt zum Frieden,
sondern übe sich nur in jahrelanger Geduld,
doch siehe nur, wie das Gift des vergangenen Handelns
die Gegenwart bis heute traumatisch okkupiert.

Oh bitte, zeige mir einen Ausweg auf,
hinaus aus dieser dichten Phalanx des waffenstarrenden Fatalismus,
denn es ist doch für ein Jeden offensichtlich,
kein Mensch wird als Mörder geboren,
sondern in diesen Irrsinn des Seins hinein gebrochen.

Benjamin Lapp



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de ✉

Sa. 31.8. ab 15 Uhr:
Sommerfest der DKP Gießen

So. 1.9. von 11 bis 16 Uhr:
Matinee mit Erich Schaffner und Georg Klemp zum Antikriegstag, danach Sommerfest DKP Lahn-Dill, Wetzlar Kulturzentrum Franzis, Franziskanerstr. 4 – 6, Wetzlar

So. 1.9. um 16 Uhr:
Antimilitaristischer Stadtrundgang, ab Bergkaserne Licher Straße / Lärchenwäldchen

Antikriegstag 2024
Nie wieder Faschismus! - Nie wieder Krieg!

Gießen 1945

Antimilitaristischer Stadtrundgang
Sonntag 01.09.2024 - 16.00 Uhr - Bergkaserne/Licher Str.

Regenr. Station (16.00 Uhr)
Relief an der ehemal. Bergkaserne (Licher Straße/Lärchenwäldchen)

2. Station (ca. 16.30 Uhr)
Graf-Denkmal „trauernde Witwe“ (Licher Straße/Grünberger Straße)

3. Station (ca. 17.00 Uhr)
Denkmal für die Heimkehrer (Ostanlage ggü. Landgericht)

4. Station (ca. 17.20 Uhr)
Kriegerdenkmal 1. Weltkrieg (Landgraf-Philipp-Platz)

5. Station/Abschluss (ca. 17.40 Uhr)
Denkmal f. d. Opfer der Bombennacht (Kirchenplatz)

Es laden ein:
DGP, DGB, OMAS GEGEN RECHTS

Sa. 7.9. ab 10:30 Uhr:
Kundgebung / Infostand DKP GI, Marktplatz vor ehemaliger Sparkasse

Mi. 18.9. um 19 Uhr:
Gruppenabend / MV DKP GI, Winchester-Zimmer, Kongresshalle

Do. 19.9. um 18 Uhr:
Bildungsabend DKP, Ederstr. 16

So. 25.9.:
Redaktionsschluss Okt.-Echo

Fr. 27.9. ab 19 Uhr:
Stammtisch DKP GI, Chamäleon, Reichensand 9

Do. 3.10. ab 12:30 Uhr:
Bundesweite Friedensdemonstration, Berlin; siehe: <https://nie-wieder-krieg.org/2024/07/14/auf-ruf-bundesweite-friedensdemo-am-3-oktober-in-berlin/>

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** berichteten wir über einen Fall von Mietwucher in Gießen. Ein bekannter Steuerberater hatte eine ehemalige Waschküche, Höhe 2 m, für 250 DM plus hohen Nebenkosten vermietet. Am Wohnungsmangel und damit möglichen Wuchermieten hat sich seitdem nichts verändert.

Auch vor **40 Jahren** passierte etwas, das sehr aktuell klingt. Die US-Armee weihte eine neue Raketenstellung ein. Sie bekam den Namen „Dr. Walter R. Dornberger“. Dieser ehemalige Gießener war an der Raketenentwicklung der Nazis beteiligt. Nach Kriegsende wurde er sofort von der US-Armee beschäftigt. Der damalige Oberbürgermeister Görnert (CDU) nahm an der Namensgebung teil, genauso wie an der Grundsteinlegung im Vorjahr.

Vor **30 Jahren** stieg die Arbeitslosenquote in Gießen auf 17,4%. Fast alle Gießener Industriebetriebe bauten Personal ab. Bei der Fa. Heyco

(Maschinenbau) sank die Zahl der Beschäftigten von 450 auf 239. Ein von der Technologieberatungsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes vorgeschlagenes Sanierungskonzept mit geringerem Personalabbau wurde von der Geschäftsleitung abgelehnt.

Vor **20 Jahren** verschärfte sich der von der SPD/Grüne-Regierung betriebene Sozialabbau, die sogenannten Hartz-Gesetze waren in Kraft getreten. In Gießen protestierten Montagsdemonstranten dagegen, zuerst am Kirchenplatz und später bei den drei Schwätzern. Ein großer Proteststurm gegen die Gesetze blieb leider aus.

Vor **10 Jahren** war die neu gebaute Brücke über den Schwanenteich an der Eichgärtenallee gesperrt, von der anderen Seite blieb sie nur für Besucher der Landesgartenschau zugänglich. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) nutzte die Sperrung für die Aktion „Brücke in den 1. Arbeitsmarkt“.

zungenspur
"...denen, die ihr Herz der Freiheit und dem Frieden widmen!"
Tümer '77

ausstellung
★ folienschnitttechnik - bilder ★
Ünal Tümer

Zentrum für interkulturelle Bildung und Begegnung e.V.
20. sep. - 25. okt. 2024

Zungenspur
Ausstellung
Folienschnitttechnik und Bilder
Ünal Tümer
vom 20.9. bis 25.10.2024
ZiBB – Hannah-Arendt-Str. 10

Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; **verantw.:** Gernot Linhart, erscheint monatlich.

Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbrief an:

Gießener Echo / DKP Gießen
Postfach 110340
35348 Gießen
oder E-Mail: giessen@dkp.de
Internet: www.giessen.dkp.de



DKP Gießen
bei YouTube,
Facebook und Instagram